

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montage ausserhalb. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,20 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,00 M. für Ver-
binder nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Schreibband
bezogen für Deutschland und Österreich 1,60 M., für das übrige Ausland 2,00 M.
postfreie Beleg-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M.
Reaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die vollständigen Kompartiments- oder deren Name kostet 1,- M. einschließlich
Lehrer-Ausgaben; Das vollständige Kompartiment kostet 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Lehrer-Ausgaben. Ausland: Einzeln 1,- M., Kompartiment
5,- M., einschließlich Lehrer-Ausgaben 6,50 M. nach von Zeitl. Bestellungs-
in Wien-Ausgaben; Das vollständige Kompartiment kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Schriftführer: Deinum 2020, 2645, 4516 4602, 4635, 4644, 4821.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Krieg der Weltreaktion!

Der internationale Metallarbeiter-Kongress in Kopenhagen nahm folgende Resolution an:

Zum ersten internationalen Kongress nach Kriegsende zuzammentretend, erwiderten die Delegierten der Metallarbeiterorganisationen von 11 Ländern ihren Kollegen und dem übrigen gewerkschaftlichen und sozialistischen Proletariat den herzlichsten Gruß.

Der 8. internationale Metallarbeiter-Kongress verurteilt den Krieg und erklärt, daß jeder Krieg zerstörend wirkt, daß der Krieg die Bestrebungen der kapitalistischen Klassen und Regierungen, die die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen und zu verlängern, offensichtlich macht. Der Kongress verurteilt jede Besetzung eines Landes, jede offene oder verdeckte Intervention oder Einmischung der Regierenden eines Landes in das Recht der Völker, selbst die Form ihrer Verfassung und ihrer Regierung zu bestimmen. Der Kongress verurteilt jede

Bergewaltigung der Neutralität oder Unabhängigkeit eines Landes

sowohl die früher begangenen als auch die späterhin beabsichtigten, unter welchem Vorwand immer sie vorgenommen werden sollten. Der Kongress lehnt die Aufmerksamkeit des ganzen Proletariats auf die Unfähigkeit des Kapitalismus und seiner Regierungen, einen gerechten und wirklichen Frieden zu bringen, der die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung aller Völker sichern könnte. Vor allem verweist der Kongress das Proletariat auf den unangenehmen imperialistischen Frieden, der vom Kapitalismus den Völkern Europas auferlegt wurde. Dieser Frieden ist ein untrüglicher Beweis und ein berechtigtes Beispiel dafür, daß ein Krieg tatsächlich weder die Probleme der natürlichen Entwicklung löst, noch viel weniger die sozialen Probleme löst, oder die Befreiung des Proletariats herbeiführt. Dies kann auch nach der prinzipiellen Auffassung des internationalen Metallarbeiterbundes nur durch den revolutionären, von internationaler Solidarität des Proletariats getragenen, von seinen Organisationen geführten Klassenkampf beschleunigt und herbeigeführt werden. Der Krieg weist und peitscht nationalistische Leidenschaften auf, reißt das Proletariat auseinander, verurteilt es zur Ohnmacht und behindert es daher in der Verfolgung seiner gewerkschaftlichen Ziele.

Der Kongress bekräftigt, daß Ziel und Gründe, die zur Errichtung des internationalen Metallarbeiter-Bundes führten, heute mehr denn je Geltung haben.

Und deshalb betont er mit besonderem Nachdruck die Pflicht der angeschlossenen Organisationen, den Bestrebungen des Kapitalismus den festen Willen und die ganze Aktionkraft des Proletariats mit um so größerer Energie entgegenzustellen, als der Kapitalismus jetzt alle seine Kräfte zur Verwirklichung seiner Ziele sammelt.

Diese Pflicht besteht gegenüber allen vom Kapitalismus entfesselten Kriegen, ganz besonders gegenüber den mit Hartnäckigkeit fortgeführten

Krieg gegen das russische Proletariat

Dieser Krieg zeigt ebenso wie der Kampf gegen das ungarische Proletariat die gemeinsame Schuld und das Zusammenwirken der kapitalistischen Regierungen an der Niederdrückung nicht nur der Arbeiter Sowjetrußlands und Ungarns, sondern des Sozialismus überhaupt.

In Erkenntnis der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und im solidarischen Zusammenwirken mit der gewerkschaftlichen Internationale in Amsterdam fordert der Kongress die Metallarbeiter aller Länder auf, ihre Klassen-solidarität durch Verweigerung der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichen Kriegsgeräten für die Feinde Sowjetrußlands und für jeden anderen Krieg, durch Uebernahme der auszuführenden Aufträge und durch Unterstützung der Transportarbeiter und Eisenbahner in der Zurückhaltung von Truppen, Waffen- und Munitionstransporten aktiv zu betonen.

Der Kongress fordert die Metallarbeiter der ganzen Welt auf, jeden Appell des internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam zur Aktion in dieser Richtung Folge zu leisten. Darüber hinaus fordert er sie auf, den Kampf des russischen Proletariats für seine Unabhängigkeit gegen den internationalen Kapitalismus dadurch die wirksamste Unterstützung zu geben, daß sie mit verdoppelter Energie in ihrem eigenen Lande den Kampf gegen die Reaktion und die imperialistischen Maschinenaktionen aufnehmen, was das einzige Mittel ist, die revolutionären Errungenschaften der russischen Genossen zu retten und die Weiterführung der sozialen Revolution zu sichern.

und regelmäßige Verbindung mit unserer Abordnung kann die Bedingungen schaffen, die zu einem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen führen.

Polnischer Frontbericht

II. Warschau, 28. August.

Amstlicher Heeresbericht vom 7. August.
Nordfront: Im südlichen Abschnitt ist die Lage unverändert. Mittelfront: Im Laufe des 26. vermehrte sich unsere Leute an der deutschen Grenze um vier Geschütze, 43 Maschinengewehre und große Munitionsmengen. Um dem vom Feinde geplanten Angriff auf Brest-Litowsk zuvorzukommen, gingen Abteilungen der 3. Legionärdivision am 25. d. M. ihrerseits zum Angriff über. In der Eisenbahnstation Zabinka (an der Straße Brest-Litowsk-Minsk) wurden die Hauptkräfte des Feindes beim Ausladen überrascht und durch Maschinengewehrfeuer auf kurze Entfernung dezimiert. Dabei wurden 650 Gefangene gemacht, darunter 11 Offiziere und 2 Generalstabsoffiziere, 12 Maschinengewehre und 4 Lastautos erbeutet. Der Kommandant der 57. Sowjetdivision und sein Stabschef fielen in diesem Gefecht.
Südfront: Ostlich von Lemberg sind heftigste Kämpfe im Gange, die bei Dyedylow einen besonders erbitterten Charakter annehmen. Im Raume Bobrka und Swirz wurden mehrere feindliche Angriffe abgewiesen. Bei Podhorcie wurde die 27. Sowjet-Infanteriedivision verprengt und 120 Gefangene gemacht. Längs des Dniestr keine Veränderung.

Stillstand des polnischen Vormarsches — Verstärkungen der Russen

II. Kopenhagen, 28. August.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die polnische Offensive infolge Ermüdung der Truppen und wachsenden Widerstand der Volksgewalten vorläufig zum Stillstand gekommen ist. Im Norden sind die Polen bis Grajewo vorgebrungen und weiter südlich wurde Orshowico eingenommen. Die Kämpfe bei Lemberg werden wahrscheinlich alsbald zum Stillstand kommen. Infolge der zunehmenden Desertion der polnischen Truppen plant man die Errichtung eines besonderen Feldgerichtshofes.

II. Kopenhagen, 28. August.

Aus Reichenburg in Ostpreußen wird gemeldet, daß die Volksgewalten große Verstärkungen erhalten, die in der Richtung Suwalki-Augustowo vorgeschickt werden. Im ganzen sollen 36 Eisenbahnwagen mit Munition die Stadt passiert haben.

Die russisch-finnischen Verhandlungen. In Essterbuck ist gestern die durch den Waffenstillstandsvertrag festgesetzte russisch-finnische Kommission zusammengetreten.

Zur Regierungsbildung in Thüringen

Aus Thüringen wird uns geschrieben:
F. P. Wenn die Unmöglichkeit, auf Grund der letzten Landtagswahl eine parlamentarische Regierung zustande zu bringen, der Ausdruck für die Lebensfähigkeit des neuen Staates Thüringen wäre, so stünde es um dessen Zukunft herzlich schlecht. Reaktionäre Kreise glauben denn auch schon aus diesem politisch unklaren Zustande die Konsequenzen ziehen zu müssen; sie stellen der neuen staatlichen Einheit, die in erster Linie durch das entschlossene Eingreifen der sozialistischen Parteien nach der Novemberrevolution Wirklichkeit geworden ist, ein nahes Ende in Aussicht und die Reaktion würde um den Preis der Wiedereinführung der Monarchie bedenkenlos zu der alten staatlichen Zerrissenheit zurückkehren. Diese reaktionären Hoffnungen stützen sich auf das Erstarren der Gegenrevolution und den Nachschub, den das Bürgertum als Folge der fruchtlosen und demoralisierenden Koalitionspolitik im Reich erhielt. Nachdem die Reichstagswahlen mit ihrer deutlich bemerkbaren Rechtsorientierung stattgefunden hatten, wußten wir, daß die Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat in dem bis dahin stark sozialistischen Thüringen bei den Landtagswahlen auf des Messers Schneide stand. Die bürgerlichen Parteien, gefördert durch die strupellose Hebe der Rechtssozialisten gegen die U. S. P. und die kommunistischen Stimmenzerpflücker, erhielten denn auch am 20. Juni 27 Mandate, während die sozialistischen Parteien es nur auf 26 Mandate brachten.

Man sollte nun annehmen, daß auf Grund dieses Wahlergebnisses mit Bestimmtheit eine rein bürgerliche Regierung gebildet werden könnte. Doch ist dem nicht so. Die demokratische Fraktion, in Stärke von vier Vertretern, lehnte von vorneherein eine Regierungsgemeinschaft mit der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei infolge deren aktiver Beteiligung am Rapp-Rutsch ab. Ihre Absicht war, eine Koalitionsregierung, ähnlich der alten Reichsregierung, wobei auch die U. S. P. mitbeteiligt sein sollte. In diesem Bestreben wurden die Demokraten unterstützt durch die Rechtssozialisten, die alle demagogischen Künste spielen ließen, die Taktik unserer Partei in der Frage der Koalitionspolitik zu durchkreuzen. Diese Koalitionsträumer von einem billigen Erfolg; entweder schwächen wir die U. S. P. in die Regierung oder wir bringen sie zu einer glatten Ablehnung ohne jede Erörterung.

Die Unabhängige Sozialdemokratie Thüringens hat weder das eine noch das andere getan; sie hat es zu verhindern verstanden, sich ihre Taktik durch ihre Gegner vorschreiben zu lassen. Als am 20. Juli der neugewählte Landtag in Weimar zusammentrat, war der erste Gegenstand seiner Verhandlungen die Bildung der neuen Regierung. Die Vertreter unserer Partei ließen als stärkste Fraktion die Dinge an sich herankommen. Von den Rechtssozialisten gefragt, ob sie zur Teilnahme an einer sozialistischen Regierung bereit seien, erklärte sich unsere Fraktion dazu bereit und stellte sofort ihre grundsätzlichen Bedingungen, die dem Aktionsprogramm der Partei entsprechen. Zum obersten Grundsatz wurde erhoben, daß der sich überall anbahnenden Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats entgegengestellt werden müsse. Gefordert wurde deshalb, daß unserer Partei in der neuen Regierung die absolute Mehrheit, der maßgebende, beherrschende Einfluß gesichert werden müsse; das war unbedingt notwendig gegenüber den Rechtssozialisten und den Demokraten, die ja nun einmal das Jünglein an der Waage sowohl nach rechts wie nach links bilden. Weiter forderte unsere Fraktion: Auflösung der Einwohnerwehren, Bildung von Arbeiterwehren; Amnestie für alle von der gegenrevolutionären Justiz Eingekerkerten; Befreiung der reaktionären Beamten, Demokratisierung der Verwaltung; Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes, der Kraftquellen, Bodenschätze, Bergwerke usw.; Trennung von Kirche und Staat, Einheitsvolk, Volkshochschulen, Hebung des allgemeinen Bildungswesens, planmäßiger Ausbau der Wohlfahrtspflege. Die neue Regierung sollte sich ferner verpflichten, bei der Reichsregierung darauf zu dringen, daß das thüringische Gebiet von allen militärischen Verbänden befreit und der Usurarmezusand aufgehoben werde, die Klassenjustiz, insbesondere die Militärgerichtsbarkeit sofort beseitigt wird, daß mit der Vergesellschaftung der oben angeführten Einrichtungen und Güter umgehend begonnen werden darf und ein Gesetz zur Enteignung der früheren Fürsten geschaffen wird, schließlich forderte unsere Fraktion die sofortige Aufnahme von Handelsbeziehungen zu Rußland und Friedensverhandlungen.

Die Bedingungen unserer Partei entsprechen den Grundsätzen des revolutionären Sozialismus und sie waren zugleich ein entschiedener Vorstoß gegen die konterrevolutionären Mächte. Die Rechtssozialisten stimmten diesen Richtlinien zu, die Demokraten lehnten sie ab, wie nicht anders zu erwarten war. In einer kurzen Generalklausur betonte unsere Fraktion, daß die von ihr aufgestellten Bedingungen das mindeste dessen darstellen, was in der Gegenwart im

Die polnischen Friedensbedingungen

II. Krakau, 28. August.

Der dem polnischen Außenminister Sapieha nahestehende „Czas“ nennt als Hauptpunkt der polnischen Friedensbedingungen: 1. Anerkennung der äußeren und inneren Unabhängigkeit Polens. 2. Zuerkennung einer Pufferzone, bei der alle Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung oder polnischer Kultur an Polen fallen. 3. Dauernde Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen; die Unabhängigkeit Litauens und Weißrußlands muß insoweit gewährleistet werden, daß nicht die Gefahr einer Abhängigkeit von Sowjetrußland besteht. Um dies zu erreichen, könnten diese Mandatanten vielleicht vorläufig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

An diesen Friedensbedingungen fällt besonders die Forderung der dauernden Zugehörigkeit Ostgaliziens an Polen auf. Wie erinnerlich, ist die ostgalizische Frage der Gegenstand steter Beratung des Obersten Rates und der Friedenskongressen gewesen. Eine endgültige Lösung war noch nicht gefunden. Wenn jetzt Polen versucht, mit dem Gewalt seiner militärischen Erfolge zu erreichen, daß Ostgalizien ihm einverleibt wird, so wird es auf den Widerstand nicht nur der Ukrainer stoßen, sondern auch aus den Reihen der Alliierten selbst dürften ihm Schwierigkeiten bereitet werden. Es stimmt also nicht so ganz mit der polnischen Behauptung, daß die Friedensbedingungen ohne Rücksicht auf die militärischen Erfolge aufgestellt seien.

Eine Erklärung der polnischen Regierung

Die polnische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Der Sieg der polnischen Armee ändert nichts in der Haltung der polnischen Regierung in der Friedensfrage. Der Einfluß der polnischen Regierung, eine gerechte Lösung des Zwischen mit der bolschewistischen Regierung herbeizuführen, ist niemals erschüttert worden. Wir führen keinen Krieg gegen die russische Nation und haben es nie getan. Wir wünschen keineswegs, uns fremdes Land anzueignen; wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß freundschaftliche Beziehungen zur russischen Nation eine Grundlage für den dauernden Frieden Osteuropas sind. Unsere Friedensbemühungen müssen aber vergeblich bleiben, wenn die Verbindung der polnischen Regierung mit ihrer Abordnung in Minsk durch technische Schwierigkeiten des Zunftverkehrs und der Kurierverbindung gestört wird. Die polnische Regierung muß verlangen, daß alle Schwierigkeiten der Verständigung mit der Abordnung in Minsk ohne Verzug behoben werden; denn allein eine direkte

